



Rede von Oberbürgermeister Uli Burchardt zur Einbringung des Doppelhaushalts 2025/2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
sehr geehrte Konstanzerinnen und Konstanzer,
sehr geehrte Mitarbeitende der Konstanzer Stadtverwaltung,

- 2024 feierten wir 75 Jahre Grundgesetz. Doch was sagt dieses Grundgesetz über uns Kommunen aus, die wir hier für Ort für die BürgerInnen arbeiten?
- Im Wesentlichen blicken wir auf Artikel 28 GG. Unter dem Stichwort der „kommunalen Selbstverwaltung“ ist dort festgehalten, dass wir Gemeinden das Recht haben, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich zu regeln. Wir dürfen also vor Ort entscheiden, was unsere Stadt braucht und welcher Weg der für uns richtige ist. Ebenso aber auch, was wir uns leisten können und wollen: denn das Grundgesetz schließt hier insbesondere die **finanzielle Eigenverantwortung** ein.
- Im Grundgesetz ist auch festgehalten, dass wir Kommunen für die **Daseinsvorsorge** zuständig sind. Dazu gehören Bereiche wie Bildung, Infrastruktur, Sozialleistungen und öffentliche Sicherheit. Das ist ein ganz klarer Auftrag!
- Am heutigen 17. Dezember 2024 legt die Verwaltung den Entwurf für den kommenden Doppelhaushalt vor. Er ist noch nicht fertig – die Sitzung heute ist vielmehr der Startschuss für Diskussionen, wie wir die vorhandenen Gelder verteilen.
- In aller Deutlichkeit: Wir werden zwischen jetzt und dem 25. Februar darüber sprechen müssen, was wir uns leisten können und wollen – und was nicht.
- Wir leben in einer Zeit, in der scheinbar verlässliche Grundlagen wanken. Das persönliche **Sicherheitsgefühl** nimmt ab. Die Welt hat sich stark verändert und das innerhalb nur weniger Jahre. Die derzeitige **wirtschaftliche Lage** ist angespannt. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig. Das gilt auch für Konstanz.
Auch, aber nicht nur: Der **Blick über den Tellerrand** zeigt, dass Konstanz damit nicht alleine ist. Es geht den allermeisten Gemeinden aktuell genau wie uns.
- Eine Umfrage des Städtetags BW zeigt: Im Haushalt 2025 planen 83 % der teilnehmenden Städte mit einem negativen Gesamtergebnis.



- Auch das Land Baden-Württemberg erkennt diese Entwicklungen und hat deshalb die Regierungspräsidien erneut angewiesen, die Maßstäbe zur **Bewertung der Genehmigungsfähigkeit** der kommunalen Haushaltspläne anzupassen. Die Kämmerei ist im ständigen Austausch mit dem RP Freiburg und hat berichtet, dass auch dem RP klar ist, dass die „Arbeit vor Ort weitergehen“ muss und man die aktuelle Situation der Kommunen bei der Genehmigung des Haushalts berücksichtigen wird.
- Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird perspektivisch immer größer. Da drängt sich die Frage auf, warum das so ist. Meine Antwort: **Zu viele Aufgaben mit zu wenigen Ressourcen.**
- Lassen Sie mich das kurz an ein paar **Beispielen** erläutern:

- Im Kampf gegen den Klimawandel sind in Deutschland wir Kommunen **die konkrete Umsetzungsebene**. Wir suchen und finden Optionen für Wärmenetze, wir kämpfen um die Machbarkeit von Erneuerbarer Energie und handeln diese an den Grenzen z.B. des Denkmal- und Naturschutzes aus. All das kostet Geld, im Personal wie in der Realisierung.

- Wer steht für die **Gesundheitsversorgung** vor Ort ein? – unsere Kliniken!

Wie praktisch alle anderen kommunalen Kliniken in Baden-Württemberg haben wir im Landkreis Konstanz ein Defizit. Pro Jahr sind das etwa 30 Mio. €. Auf Konstanz entfällt rund ein Drittel.

Der Kreis plant wegen der Investitionen und der Liquiditätssicherung der Kliniken einen **deutlichen Anstieg der Kreisumlage**. Diese wird in 2025 noch bei 34 Prozent bleiben, in den Folgejahren jedoch auf bis zu 39,9 % steigen. Bereits in 2026 rechnen wir hier mit rd. 7 Mio. € Mehrbelastung. Dabei sehen die Gesetze eigentlich eine Finanzierung der Kliniken durch die Krankenkassen und die Länder vor!

- Neuerungen wie die **Ganztagsbetreuung** an den Grundschulen müssen wir umsetzen und finanzieren. Hierfür braucht es Räumlichkeiten, es braucht Personal. Diese nachgeordneten Schritte wurden, so scheint es, nicht mitbedacht.

-> Diese Beispiele zeigen deutlich: Es findet eine **fortschreitende Übertragung von Aufgaben durch Bund und Länder auf die Kommunen** statt. Angemessene finanzielle Mittel werden hierfür jedoch nicht zur Verfügung gestellt. Das belastet die Kommunen erheblich. Das bringt die Finanzen der Städte und Gemeinden in eine gefährliche Abwärtsspirale.

-> Ich zitiere an dieser Stelle den Titel einer gemeinsamen Pressemeldung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags aus dem Oktober: „Kommunal Finanzen auch für 2025 im freien Fall – kommunale Gestaltungskraft, Zukunftsinvestitionen und der gesellschaftliche Zusammenhalt geraten in Gefahr“ Das ist alarmierend. Wir



Städte sehen das längst. Auf kommunaler Ebene und mit Blick auf den Haushalt müssen wir damit umgehen.

- Konstanz steht vor einer **doppelten Herausforderung**: sozialen Zusammenhalt in Zeiten wirtschaftlicher Belastung zu wahren und zugleich in die Zukunft zu investieren.
- Aufgrund dieser Entwicklung schaffen wir es nicht, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen.
- Jede Ausgabe muss sich daran messen lassen, ob sie unseren BürgerInnen **direkt nutzt**. Dabei müssen wir stets die **Zukunft unserer Stadt im Blick** haben.
- Wir haben ein ambitioniertes Investitionsprogramm auf der Agenda. In den folgenden Wochen gilt es, gemeinsam mit dem Gemeinderat die dafür nötigen Investitionen und die vorhandenen Ressourcen in Balance zu bringen.

Was bedeutet das **konkret**?

- Wir können unseren **Ergebnishaushalt** weder in 2025 noch in 2026 ausgleichen. Wir stehen 2025 bei minus 16 Mio. € bzw. 2026 bei minus 17 Mio. € nach Abschreibungen.
- Das bedeutet, dass wir kein Geld für Investitionen erwirtschaften und diese überwiegend über Kredite finanzieren müssen.
- Beim **Finanzhaushalt** haben wir immer noch eine große Bugwelle vor uns. Deshalb werden wir im Januar weitere Vorschläge bringen, wie wir das Investitionsprogramm entzerren können.
- Unser **Ziel** ist es, die Investitionen auf **35 Mio. € pro Jahr** zu reduzieren. Das wird noch eine sehr schwierige Aufgabe.
- Im jetzt vorgelegten Entwurf stehen für die beiden Jahre noch 46 Mio. und über 50 Mio. Euro.
- Nur gemeinsam mit dem Gemeinderat können wir diese Reduktion schaffen.



Zum Ergebnishaushalt:

- Wie ich gerade gesagt habe, können wir unseren Ergebnishaushalt nicht ausgleichen.
- ➔ Die 3 Ursachen dafür mit der größten Auswirkung sind:
 - 1) Erhöhung der Kreisumlage:
 - 2024: 58,4 Mio. €
 - 2025: 59,1 Mio. €
 - 2026: 67,7 Mio. €
 - 2) Personalkosten: Die Tarifsteigerung für Personal im Bestand liegt bei rund 4,8 Mio. €. Darin noch nicht enthalten ist sind Mehrkosten aufgrund von Stellenmehrungen. Wir haben beim Personal alles getan, um auf ein Minimum runterzugehen. Nach eingehender Prüfung müssen wir feststellen: Wir werden um Stellenmehrungen nicht herumkommen.
 - 3) Die Steuerschätzung von November 2024 wurde im Vergleich zur Schätzung im Mai 2024 deutlich nach unten korrigiert, und zwar um ca. 3 bis 4 Mio. €
- Darüber hinaus gibt es noch einige weitere Gründe
- Beteiligungen: Insbesondere der Klimaschutz erfordert finanzielle Anstrengungen sowohl im Kernhaushalt als auch bei unseren Beteiligungen. Die Stadtwerke planen, in den nächsten Jahren rd. 750 Mio. Euro in den Ausbau von Stromnetzen und den Neubau von Wärmenetzen zu investieren. Dazu kommt noch die Dekarbonisierung der Busflotte und der Schiffe.

Auch die WOBAK plant ihre 4.400 Wohneinheiten schrittweise mit umweltfreundlicher Wärme zu versorgen.

 - ➔ Auch unsere Beteiligungen werden aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren Belastungen für den städtischen Haushalt mit sich bringen, die jetzt noch gar nicht abgebildet sind.
- Klimahaushalt: Klimaschutz hat großes Gewicht in diesem Haushalts-Entwurf. Die Ausgaben belaufen sich 2025 auf 14,8 Mio. € und 2026 auf 12,3 Mio. €.
- Wir müssen also nicht nur am Investitionsprogramm arbeiten, sondern auch am Ergebnishaushalt – und zwar zwischen jetzt und dem 25. Februar.
- Wir stehen bis Ende des Jahres bei einem **Schuldenstand** von 60,4 Mio. €. Wenn wir in den nächsten Wochen nicht weiter an Investitionsprogramm und Ergebnishaushalt arbeiten, würde die Verschuldung rechnerisch auf 98 Mio. € Ende 2025 und auf 138 Mio. € Ende 2026 steigen.



→ Ideen für Einnahmen:

- Erhöhung **Kita-Gebühren** (ca. 300.000 €)
- Tourismus- und **Klimaschutzabgabe** (rd. 1 Mio. pro Jahr)
- Ausweitung **Parkraummanagement** / Anwohnerparken: Potenzial von 1 bis 2 Mio. € netto
Ab 2026 ist mit Einnahmen zu rechnen, ggf. auch schon 2025. Das hängt vom Zeitpunkt des Beschlusses ab. Für die Umstellung braucht es in jedem Fall eine gewisse Vorlaufzeit und es wird auch Stellen brauchen.

→ Gezielte Einsparungen: In den letzten Wochen haben wir bereits einige entsprechende Maßnahmen identifiziert. Z.B. werden wir globale Minderausgaben Personal in Höhe von 1 Mio. € vorschlagen.

→ Zwischenfazit: Wir werden in den nächsten Wochen noch intensiv weiterarbeiten müssen. Zum ersten Mal, seit ich im Amt bin, legen wir einen Haushalt vor, der so wohl noch nicht genehmigungsfähig wäre. Warum das so ist, habe ich gerade erläutert. Es liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns, um den Haushalt zu Ende zu bringen.

- Ein paar Worte zur Haushaltskonsolidierung: Wir befinden uns seit Jahren auf Konsolidierungskurs. Viele ächzen bereits aufgrund des Sparkurses. Fakt ist aber: Es war notwendig – und es bleibt weiterhin notwendig.
- Zum Schluss noch ein **Blickwechsel:**
Es ist klar, dass von uns Städten und Gemeinden viel geleistet werden kann, ein **Rundum-Sorglos-Paket** können wir aber nicht liefern. Wenn wir uns wieder mehr bewusst machen, dass es nicht in allen Lebenslagen „der Staat liefert schon“ heißen kann, dann kommen wir wieder zu einem ausgewogeneren Erwartungsmanagement.
- Wir können nicht alles liefern. Was wir aber schaffen werden: Wir werden weiterhin entschlossen in Klimaschutz, Wohnen, Wirtschaft, Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren.
- Wir sehen also: Die uns vom Grundgesetz gemäß Artikel 28 gegebene Aufgabe, unsere kommunalen Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln, schaffen wir. Aber Platz für Wünsche gibt es keinen.



- Ein **Dank** an alle, die an diesem Entwurf mitgearbeitet haben: Unser Kämmerer, Ulrich Schwarz, aber insbesondere auch Dennis Botos, der im Team der **Kämmerei** zum ersten Mal für die Erstellung des Haushalts verantwortlich ist.
- Danke für die Arbeit bis hierher – bis unser Haushalt final zusammengestellt ist, wird es noch mal einiges an Anstrengung brauchen.
- Auch Ihnen, liebe Mitglieder des 2024 neu gewählten **Gemeinderates**, ebenfalls ein Dank. Sie sind unsere Sparringspartner bei der Fertigstellung des Haushalts. Wir gemeinsam müssen die Frage beantworten: Was brauchen die KonstanzerInnen gerade am dringendsten? Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe, die da auf uns zukommt – aber ich bin sicher, wir werden gute Entscheidungen treffen und einen der Situation angemessenen Haushalt aufstellen.
- Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.